

Zu den Wahlergebnissen in MV und Berlin - Menschenwürde bleibt der Maßstab

agah warnt vor wachsendem Einfluss der AfD und setzt auf die Verantwortung demokratischer Kräfte

Der Landesausländerbeirat Hessen (agah) blickt mit großer Sorge auf den starken Zuspruch für die AfD bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Das Ergebnis zeigt, wie viel Zustimmung eine Politik gewinnt, die Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder Religion ausgrenzt. Zugleich setzt die agah auf die demokratischen Kräfte in Politik und Gesellschaft, diesem Kurs entschieden entgegenzutreten.

„Für Menschen mit Einwanderungsgeschichte geht es bei diesem Wahlergebnis um weit mehr als die Frage, welche Partei vorne liegt. Es geht um ihre Sicherheit, ihre Rechte und das Vertrauen, als gleichberechtigter Teil dieser Gesellschaft anerkannt zu werden. Wer Ausgrenzung erlebt, muss sich darauf verlassen können, dass demokratische Politik an seiner Seite steht“, erklärt Enis Gülegen, Vorsitzender der agah.

Die AfD ist eine rechtsextreme Bedrohung für die Demokratie. Ihr Aufstieg gefährdet das friedliche Zusammenleben, die Rechte von Minderheiten und die offene Gesellschaft. Diese Gefahr reicht über Deutschland hinaus. Eine erstarkende extreme Rechte bedroht auch den europäischen Zusammenhalt und die gemeinsamen Grundwerte von Freiheit, Gleichheit und Menschenwürde. Die demokratischen Parteien sind gefordert, dieser Entwicklung entschlossen entgegenzutreten.

„Der Aufstieg der AfD ist ein ernstes Warnsignal. Aber er ist kein unabwendbares Schicksal. Jeden Tag setzen sich Menschen in Vereinen, Betrieben, Schulen und Kommunen für ein solidarisches Zusammenleben ein. Auf dieses Engagement können wir bauen. Demokratische Politik muss es stärken und durch eigenes Handeln zeigen, dass sie das Leben der Menschen verbessern kann“, so Gülegen.

Auch in Hessen braucht es eine klare und verlässliche Abgrenzung gegenüber der AfD. Wer die Brandmauer sprachlich aufweicht oder ihre Bedeutung relativiert, schafft Unsicherheit darüber, ob diese Grenze auch künftig Bestand hat. Gerade Menschen mit Einwanderungsgeschichte müssen darauf vertrauen können, dass ihre Rechte und ihre gleichberechtigte Zugehörigkeit nicht zum Gegenstand politischer Zugeständnisse werden.

Die Wahl in Mecklenburg-Vorpommern zeigt außerdem, in welches Desaster es führen kann, wenn demokratische Parteien die Sprache der Rechtspopulisten übernehmen. „Demokratische Kräfte können Vertrauen schaffen und Menschen zurückgewinnen, wenn sie klar Haltung zeigen und danach handeln. Wer hingegen die Brandmauer infrage stellt, verunsichert diejenigen, die auf ihren Schutz angewiesen sind. Wir erwarten auch in Hessen Klarheit gegenüber der AfD und ein verlässliches Eintreten für eine Gesellschaft, in der alle Menschen ohne Angst leben und mitbestimmen können“, betont Gülegen.